



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG
Direktionsbereich Öffentliche Gesundheit

Bericht über die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens betreffend die
Verordnung des EDI über die Verzeichnisse der Betäubungsmittel,
psychotropen Stoffe, Vorläuferstoffe und Hilfschemikalien
(Betäubungsmittelverzeichnisverordnung, BetmVV-EDI)

März 2011

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	- 3 -
2	Zum Anhörungsverfahren.....	- 3 -
3	Zusammenfassung der Ergebnisse	- 4 -
3.1	Allgemeine Bemerkungen.....	- 4 -
3.2	Zusammenfassung zur Verordnung des EDI über die Verzeichnisse der Betäubungsmittel, psychotropen Stoffe, Vorläuferstoffe und Hilfschemikalien (Betäubungsmittelverzeichnisverordnung, BetmVV-EDI)	- 4 -
4	Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	- 5 -
4.1	Verordnung des EDI über die Verzeichnisse der Betäubungsmittel, psychotropen Stoffe, Vorläuferstoffe und Hilfschemikalien (Betäubungsmittelverzeichnisverord nung, BetmVV-EDI).....	- 5 -
5	Anhänge.....	- 8 -
	Verzeichnis der Abkürzungen der Anhörungsteilnehmer	- 8 -
	Statistik.....	- 12 -
	Liste der Anhörungsadressaten/Liste des destinataires/ Elenco dei destinatari	- 13 -

1 Ausgangslage

Als Folge der vom Parlament am 20. März 2008 beschlossenen und von der Schweizer Bevölkerung am 30. November 2008 in einer Referendumsabstimmung gutgeheissenen Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes (nBetmG) werden die bestehenden Betäubungsmittelverordnungen angepasst und neu konzipiert. Die bisherigen vier Bundesratsverordnungen, zwei Swissmedic-Verordnungen und zwei Bundesratsbeschlüsse werden neu in zwei Bundesratsverordnungen und einer Verordnung des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) zusammengefasst. Es sind dies die:

- Verordnung über die Betäubungsmittelkontrolle (Betäubungsmittelkontrollverordnung, BetmKV);
- Verordnung über die suchtbedingten Störungen (Betäubungsmittelsuchtverordnung, BetmSV);
- Verordnung des EDI über die Verzeichnisse der Betäubungsmittel, psychotropen Stoffe, Vorläuferstoffe und Hilfschemikalien (Betäubungsmittelverzeichnisverordnung des EDI, BetmVV-EDI).

2 Zum Anhörungsverfahren

Der Bundesrat hat die Anhörung zu den drei oben aufgeführten Verordnungen im Betäubungsmittelrecht am 18. Oktober 2010 eröffnet.

Neben Kantonen, Interkantonalen Organisationen (Konferenzen der Kantone) und dem Fürstentum Liechtenstein wurden 13 politische Parteien, 4 gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete und 65 weitere Organisationen und interessierte Kreise, insgesamt 119 Anhörungadressaten, begrüsst. Die Anhörungsfrist dauerte bis zum 30. November 2010.

Insgesamt gingen 45 Stellungnahmen zur BetmVV-EDI ein, darunter sind 17 Kantone, 1 politische Partei und 26 weitere Organisationen und interessierte Kreise (s. auch Statistik, Anhang 2).

Der nachfolgende Bericht enthält die Zusammenfassung der eingereichten Stellungnahmen. Zuerst werden die allgemeinen Stellungnahmen zu den drei Verordnungen aufgeführt, danach die detaillierten Stellungnahmen zu den einzelnen Artikeln der BetmVV-EDI. Ein separater Bericht enthält die detaillierten Stellungnahmen zur BetmKV und zur BetmSV¹. Es wird davon ausgegangen, dass Anhörungsteilnehmende, die keine Bemerkungen zu den Verordnungen im Allgemeinen gemacht haben, diesen im Grundsatz zustimmen.

Bestimmungen, zu denen keine besonderen Bemerkungen eingegangen sind, werden nicht aufgeführt. Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen der Anhörungsteilnehmenden sind in Anhang 1 aufgeführt.

¹ Bericht über die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens betreffend die Bundesratsverordnungen Betäubungsmittelkontrollverordnung und Betäubungsmittelsuchtverordnung, Bundesamt für Gesundheit März 2011.

3 Zusammenfassung der Ergebnisse

3.1 Allgemeine Bemerkungen

Neben materiellen Anpassungen an das nBetmG wurde die Gelegenheit genutzt, bestehende ungewollte Lücken zu füllen und das bestehende Verordnungsrecht sprachlich und redaktionell zu überarbeiten.

Bedauert wird die sehr kurze Anhörungsfrist von eineinhalb Monaten (**AG, JU, LU, KAV**).

Gemäss **ZG** sollten die drei Verordnungen überarbeitet und noch einmal in eine Anhörung gegeben werden. Gefordert wird im Grundsatz die Klärung der Rolle der Kantone.

17 Kantone (**AG, BE, BL, BS, GE, GL, GR, JU, LU, SG, SZ, TG, TI, UR, VD, ZG, ZH**) haben ihre Stellungnahme abgegeben, wobei GL, JU, SZ und UR dem Entwurf vorbehaltlos zustimmen. Von den politischen Parteien hat nur die **Grüne** zum Entwurf der BetmVV-EDI Stellung genommen. Von den interessierten Kreisen äusserten sich **ARCD, Arud, Cannapharm, Centre Patronal, DDS, FMH, FOSUMOS, GDK, IG Schwizerhanf, IKRK, KAV, kf, KKPKS, SÄGD, SÄPT, SBV, SGCI, SGV usam, SGRM, SPTK, SSAM, Stadt Zürich Polizeidepartement, Verein für Krebsforschung, Verein Jugend ohne Drogen** und **VSHF**.

3.2 Zusammenfassung zur Verordnung des EDI über die Verzeichnisse der Betäubungsmittel, psychotropen Stoffe, Vorläuferstoffe und Hilfschemikalien (Betäubungsmittelverzeichnisverordnung, BetmVV-EDI)

Ausgangslage / Kurzbeschrieb des Regelungsinhaltes

Die Änderung vom 20. März 2008 des Betäubungsmittelgesetzes (nBetmG) bestimmt, dass das Eidgenössische Departement des Innern für die Verordnung über die Verzeichnisse der Betäubungsmittel, psychotropen Stoffe, Vorläuferstoffe und Hilfschemikalien (BetmVV-EDI) zuständig ist (Art. 2a nBetmG) und nicht mehr Swissmedic. Die BetmVV-EDI ersetzt die Betäubungsmittelverordnung Swissmedic vom 12. Dezember 1996² und die Vorläuferverordnung Swissmedic vom 8. November 1996³. Als rein technische Verordnung enthält die BetmVV-EDI die Verzeichnisse aller kontrollierten Substanzen.

Die BetmVV-EDI wird im Grundsatz von der Mehrzahl der Anhörungsteilnehmenden begrüsst.

Die Thematik des Cannabis wird von einigen Anhörungsteilnehmenden diskutiert. Die Festlegung des THC-Gehalts als klares Kriterium für die Unterscheidung zwischen legalem und illegalem Hanf wird von **3 Kantonen (GE, LU, ZH)**, einer **interkantonalen Organisation (KKPKS)**, einigen **Fachverbänden (SGRM, Verein für Krebsforschung)** sowie **kf** ausdrücklich begrüsst.

Kontrovers diskutiert wird von vielen Anhörungsteilnehmenden die Erhöhung des THC-Gehalts auf 1%⁴. Die **Kantone BS** und **JU**, die **interkantonalen Organisationen KAV** und **GDK** sowie die **Fachverbände SBV, SGRM** und **Verein für Krebsforschung** begrüssen die Erhöhung des

² SR 812.121.2

³ SR 812.121.31

⁴ Der BGE 126 IV 200 geht bei Betäubungsmittelhanf von einem Grenzwert des THC-Gehaltes von über 0,3% aus.

THC-Grenzwertes. **TG, IG Schweizerhanf, R. Riche** und **VSHF** fordern eine Erhöhung des vorgeschlagenen THC-Grenzwertes. Die restlichen **Kantone** äussern keine Einwände gegen die Erhöhung des THC-Grenzwertes. Die **interkantonale Organisation KPKS**, der **Wirtschaftsdachverband Centre Patronal**, die **Fachverbände ARCD, SÄGD, SGV** sowie das **kf** lehnen die Erhöhung wegen der Missbrauchsgefahr ab.

4 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

4.1 Verordnung des EDI über die Verzeichnisse der Betäubungsmittel, psychotropen Stoffe, Vorläuferstoffe und Hilfschemikalien (Betäubungsmittelverzeichnisverordnung, BetmVV-EDI)

Allgemeine Bemerkungen

SG, Grüne, FMH, SSAM, arud und **Fosumos** sind der Meinung, dass mit der Verordnung zu stark Drogenpolitik gemacht würde und fordern im Interesse des technischen Charakters der Verordnung die tatsächliche Berücksichtigung der Vorgaben des nBetmG sowie der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse.

Zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel 1

Absatz 1

BS, SG, Grüne, FMH, SSAM, arud und **Fosumos** fordern eine Umformulierung dieses Absatzes, so dass Stereoisomeren ohne psychotrope Wirkung ausgenommen sind.

Absatz 5

SGCI begrüsst die Aufnahme der weltweit geltenden Handelsnummer (Global Trade Identification Number, GTIN) bei jeder Bezeichnung. **GE** präzisiert, dass dabei nicht die GTIN des magistralen Präparates, sondern diejenige des Wirkstoffs angegeben werden soll.

GE hinterfragt allgemein, ob diese Präzisierung der Meldepflicht nicht in Artikel 52 BetmKV integriert werden sollte.

Artikel 5

Absatz 1

IKRK fordert die Präzisierung im Französischen Text mit „par année calendaire“.

Anhänge 1 bis 4

GR und **SGCI** begrüssen die Beibehaltung des Gesamtverzeichnisses. **GR, ZG** und **SGCI** fordern zudem, im Interesse der Benutzerfreundlichkeit sowie der einfachen Handhabung, neben dem Gesamtverzeichnis je separate Verzeichnisse der kontrollierten Substanzen a bis d.

kf beantragt zumindest eine Aufzählung in tabellarischer und elektronischer Form mit der Möglichkeit einer Sortierung, da die alphabetische Aufzählung der Substanzen zwar sinnvoll sei, jedoch die Zuordnung zu den einzelnen Kategorien erschweren würde.

Anhang 1 (Artikel 2 Absatz 1)

SGRM empfiehlt die Verwendung einer einheitlichen Nomenklatur der Substanzen und beantragt insbesondere für alle Substanzen die Verwendung der deutschen Schreibweise. **SGCI** beantragt die Wiedergabe der Verzeichniskategorien (a bis e) in Form einer Legende mit vollständiger Bedeutung.

SG, Grüne, FMH, SSAM, Fosumos, arud und **SÄPT** hinterfragen Art und Weise der Festlegung der Einteilungskriterien durch das Institut. Sie führen aus, es wäre wünschenswert, eine vorgängige Anhörungspflicht eines Expertengremiums aus Suchtpraxis und Betäubungsmittelrecht zu statuieren.

SG, Grüne, FMH, SSAM, Fosumos und **arud** sind der Meinung, dass viele Substanzen des Verzeichnisses d eigentlich dem Verzeichnis e zugeordnet werden sollten. **SÄPT** verweist dabei insbesondere auf neue psychotrope Substanzen mit einem potentiellen medizinischen Nutzen und fordert daher die Schaffung eines entsprechenden Unterverzeichnisses.

SPTK beantragt, Mephedron in das Verzeichnis aufzunehmen.

GE, LU, ZH, SGRM, kf, KKPKS und der **Verein für Krebsforschung** begrüßen das klare Kriterium des THC-Gehalts für die Unterscheidung zwischen Industriehanf und Betäubungsmittelhanf. **LU** und der **Verein für Krebsforschung** fordert zudem die ausdrückliche Aufnahme der Möglichkeit der Forschung sowie der medizinischen Anwendung von THC. **DDS** und **Verein Jugend ohne Drogen** fordern die Einschränkung der Geltung auf weibliche Blüten.

Die Erhöhung des THC-Grenzwertes von 0,3 auf 1% wird kontrovers diskutiert. **BS, JU, KAV, GDK, SBV, SGRM** und der **Verein für Krebsforschung** begrüßen die Erhöhung des Grenzwertes des THC-Gehalts auf 1%. **TG, R. Richte** und **VSHF** lehnen den Grenzwert von 1% ab und fordern die Erhöhung des THC-Gehalts. **TG** ist der Meinung, dass mit dieser Beschränkung die medizinische Verwendung von Cannabisprodukten weiterhin nur in Ausnahmefällen bewilligt würde und fordert die Erhöhung des THC-Gehalts auf 1% bis 2%. **R. Richte** und **VSHF** führen aus, dass der Industriehanf meistens einen THC-Gehalt von 0,5 bis 3,0% habe. **ARCD, Centre Patronal, KKPKS, kf, SÄGD** und **SGV** lehnen die Erhöhung des zulässigen THC-Gehalts von 0,3% auf 1% ab. **KKPKS** verweist in diesem Zusammenhang auf die Umgehungsmöglichkeiten bei einem solch hohen THC-Gehalt.

BE fordert wegen Unklarheiten durch Rundungsregeln die Präzisierung des THC-Gehalts auf „mindestens 1,0%“. **BS, BL, DDS** und **Verein Jugend ohne Drogen** fordern die Präzisierung mit „Gesamt-THC-Gehalt“.

Moniert wird von **BS, SGRM** und **Cannapharm**, dass es bei Cannabis-Samen ohne das vorherige Aufziehen einer Pflanze unmöglich sei, deren THC-Gehalt ermitteln zu können. **BL** ist der Meinung, dass nach Bundesgericht das Inverkehrbringen von Hanfsetzlingen und Hanfsamen nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe d BetmG verboten sei.

BL erachtet die Formulierung bezüglich der aus Hanf hergestellten Gegenstände als zu ungenau, da rückwirkend der THC-Gehalt durch die Strafverfolgungsbehörden nicht mehr festgestellt werden könne, und fordert eine entsprechende Änderung.

DDS und **Verein Jugend ohne Drogen** fordern zudem die Streichung des allgemeinen Verweises auf Cannabis bei Cannabisextrakten, Cannabisöl und Cannabis tinkturen, da diese zur Legalisierung von Lebensmitteln oder Futtermitteln mit dem Wirkstoff THC führten. Sie fordern zudem die Einführung einer Bewilligungs- oder zumindest einer Meldepflicht im Zusammenhang mit der Kontrolle von Cannabisprodukten und verweisen dabei auf das Gesetz über den Anbau und die Abgabe von Hanf und Hanfprodukten vom 12. Mai 2005 des Kantons Basel-Landschaft (GS 35.0681).

BS, JU, ZH, KAV, GDK und **SGRM** begrüßen die Klarstellung, dass GBL (Gamma-butyrolactam) industriell verwendet werden dürfe, jedoch im privaten Gebrauch als verbotenes Betäubungsmittel gelten soll. **SPTK** vertritt die Meinung, dass die Unterscheidung zwischen industriell verwendetem GBL und nicht-industriell verwendetem GBL unklar sei.

GE, JU, KAV und **GDK** begrüßen die klaren Kriterien bei Cocablättern und Cocaextrakten.

BS und **SGRM** beantragen die Streichung von Ecgonin bei den Cocaextrakten, da es selbst nicht psychotrop sei. **BS** führt dazu aus, dass nur Ecgonin und seine Ester und Derivate, welche in Cocain umgewandelt werden können als verboten gelten sollen.

BL fordert die ersatzlose Streichung von Ausnahmen im Bereich der Cocaextrakte.

AG lehnt die Einführung eines Grenzwertes für Cocaextrakte wegen der faktischen Unmöglichkeit der Durchführung von Kontrollen durch die Eidgenössische Zollverwaltung sowie eines enormen, nicht zu rechtfertigenden Aufwandes ab. Er fordert zudem die Beibehaltung der generellen Bewilligungspflicht für Cocaextrakte auch in Lebensmitteln.

Anhang 2 (Artikel 2 Absatz 2)

BL, BS, LU, ZH, SGCI und **Polizei Stadt ZH** begrüßen die Einführung des Verzeichnisses e, in welchem Rohmaterialien und Erzeugnisse mit betäubungsmittelähnlicher Wirkung aufgeführt werden. **Polizei Stadt ZH** erachtet dieses Verzeichnis als Lösung bei sogenannten „dual-use“ Stoffen, welche den bestimmungsgemässen Gebrauch weiterhin ermögliche und gleichzeitig eine missbräuchliche Verwendung ahnde. **ZH** verweist zudem auf die Wichtigkeit der Absichtserklärung des Instituts, die Liste aktuell zu halten und nötigenfalls in einem beschleunigten Verfahren nachzuführen.

SGCI verlangt die Ausnahme der Geltung des Betäubungsmittelrechts für den industriellen Gebrauch von Substanzen und Erzeugnissen des Verzeichnisses e.

ZH verweist auf die Grundproblematik des Nachhinkens der Behörden gegenüber den schnellen Marktentwicklungen bei Designerdrogen, welcher durch Positivlisten nicht entgegengewirkt werden könne. **ZH** und **Polizei Stadt ZH** fordern daher die Einführung einer Derivateklausel analog zum geplanten oder bestehenden Europäischen und internationalen Betäubungsmittelrecht, die die Ausweitung auf weitere Stoffe oder Substanzklassen mit ähnlicher chemischer Struktur und/oder biologischer Wirkung ermöglichen soll.

Anhang 4

BS, IKRK und **SGCI** fordern den ausdrücklichen Verweis auf das Verzeichnis g im Titel.

IKRK und **SGCI** verweisen auf das Fehlen von Australien in der Liste der Zielländer. Laut **IKRK** soll auch Ghana in die Liste aufgenommen werden.

5 Anhänge

Anhang 1

Verzeichnis der Abkürzungen der Anhörungsteilnehmer

Anhörungsteilnehmer	Kürzel
Associazione consumatrici e consumatori della svizzera italiana	acsi
Departement Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau	AG
Arbeitsgruppe Kantonale Betäubungsmitteldienstchefs	AGKBM
Aargauische Stiftung Suchthilfe	ags
Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell Innerrhoden	AI
Amedis-UE AG	Amedis-UE
Association des pharmaciens cantonaux	APC
Departement Gesundheit Appenzell Ausserrhoden	AR
Association romande contre la drogue	ARCD
Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang	Arud
Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz	at
Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik	AWMP
Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz	BDP
Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern	BE
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft	BL
Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt	BS
Cannapharm AG	Cannapharm
Centre Patronal	Centre Patronal
Internationales Komitee vom Roten Kreuz	IKRK
Collège romand de médecine de l'addiction	COROMA
Coordination romande des institutions et organisations oeuvrant dans le domaine des addictions	CRIAD
Christlich-soziale Partei der Schweiz	CSP
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz	CVP
Dachverband Drogenabstinenz Schweiz	DDS
DiaMo Narcotics GmbH	Diamo
Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz	DOJ
economiesuisse	ECON
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren	EDK
Eidgenössisch-Demokratische Union	EDU
Eidg. Kommission für Alkoholfragen	EKAL
Eidgenössische Kommission für Drogenfragen	EKDF
Eidg. Kommission für Konsumentenfragen	EKK
Eidg. Kommission für Tabakprävention	EKTP
Evangelische Volkspartei der Schweiz	EVP
Verein Expertengruppe Weiterbildung im Suchtbereich	EWS

Anhörungsteilnehmer	Kürzel
Fachkommission HeGeBe	Fachkommission HeGeBe
Fachverband Sucht	Fachverband Sucht
FDP. Die Liberalen	FDP
Regierung des Fürstentum Liechtenstein Ressort Gesundheit	FL Regierung
Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte	FMH
Verein Forum Suchtmedizin Innerschweiz	FOSUMIS
Verein Forum Suchtmedizin Ostschweiz	FOSUMOS
Direction de la santé publique et des affaires sociales	FR
Fédération romande des consommateurs	FRC
Schweizerische Konferenz der Gesundheitsdirektorinnen und -Direktoren	GDK
Département de l'économie et de la santé du canton Genève	GE
Geschäftsstelle Hausärzte Schweiz	
Gesundheitsförderung Schweiz	Gesundheitsförder- ung
Departement Finanzen und Gesundheit des Kantons Glarus	GL
Grünliberale Partei Schweiz	GLP
Groupement Romand d'Etudes des Addictions	GREA
Groupement romand de l'industrie pharmaceutique	GRIP
Grüne Partei der Schweiz / Grünes Bündnis	Grüne
Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit Graubünden	GR
Gesellschaft Schweizerischer Amts- und Spitalapotheker	GSASA
Die Spitäler der Schweiz	H+
Infodrog	Infodrog
Institut Hiscia, Verein für Krebsforschung	Institut Hiscia
Interpharma	Interpharma
Département de la Santé, des Affaires sociales et des Ressources humaines du canton du Jura	JU
Kantonspolizei Aargau	Kapo AG
Kantonspolizei Zürich	Kapo ZH
Schweizerische Kantonsapothekervereinigung	KAV
Konferenz der Kantonsregierungen	KdK
Konsumentenforum Schweiz	kf
Kollegium für Hausarztmedizin	KHM
Schweizerische Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen	KKBKS
Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren	KKJPD
Konferenz der Kantonalen Polizeikommandos der Schweiz	KKPKS
Krebsliga Schweiz	Krebsliga
Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz	KSBS
Konferenz der Städtischen Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren	KSPD
Lega dei Ticinesi	Lega
Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern	LU

Anhörungsteilnehmer	Kürzel
Lungenliga Schweiz	Lungenliga
Nationale Arbeitsgemeinschaft Sucht	NAS
Nationaler Drogenausschuss	NDA
Département de la santé et des affaires sociales du canton de Neuchâtel	NE
Gesundheits- und Sozialdirektion des Kantons Nidwalden	NW
Finanzdepartement des Kantons Obwalden	OW
Schweizerische Gesellschaft für Palliative Medizin, Pflege und Begleitung	Palliativ
Partei der Arbeit Schweiz	PdAS
Pharmalog	Pharmalog
Schweizerischer Apothekerverband	pharmaSuisse
Stadt Zürich Polizeidepartement	Polizei Stadt ZH
Public Health Schweiz	Public Health
Pro Juventute	Pro Juventute
IG-Schwizerhanf	R. Richle
Radix Gesundheitsförderung	Radix
Schweizer Ärzte gegen Drogen	SÄGD
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände	SAJV
Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften	SAMW
santésuisse Die Schweizer Krankenversicherer	santésuisse
Schweizerische Ärztesgesellschaft für Psycholytische Therapie	SÄPT
Schweizer Bauernverband	SBV
Schweizerischer Drogistenverband	SDV
Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen	SG
Departement des Innern Gesundheitsamt des Kantons Schaffhausen	SH
Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme	SFA / ISPA
SGCI Chemie Pharma Schweiz	SGCI
Schweizerische Gesellschaft für Prävention im Gesundheitswesen	SGPG
Schweizerische Gesellschaft für Rechtsmedizin	SGRM
Schweizerischer Gewerbeverband	SGV usam
Konferenz der städtischen Beauftragten für Suchtfragen	SKBS
Stiftung für Konsumentenschutz	SKS
Schweizerische Multiple Sklerose Gesellschaft	SMSG
Schweizerische neurologische Gesellschaft Schweizerische Gesellschaft für medizinische Onkologie	SNG / SGO
Departement des Innern des Kantons Solothurn	SO
Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und -direktorinnen	SODK
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SP
Schweizerische Polizeitechnische Kommission	SPTK
Schweizerisches Rotes Kreuz	SRK
Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin	SSAM
Schweizerischer Städteverband	SSV
Stadtärztlicher Dienst Stadt Zürich	
Schweizerische Volkspartei	SVP

Anhörungsteilnehmer	Kürzel
Departement des Innern des Kantons Schwyz	SZ
Departement für Finanzen und Soziales des Kantons Thurgau	TG
Dipartimento della sanità e della socialità del Cantone Ticino	TI
Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion Uri	UR
Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung	VBGF
Verein christlicher Fachleute im Rehabilitations- und Drogenbereich	VCRD
Département de la santé et de l'action sociale du canton de Vaud	VD
Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren	VDK
Verband der Eltern- und Angehörigenvereinigungen Drogenabhängiger	VEVDAJ
Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz	vips
Verein Jugend ohne Drogen	
Verband der Kantonschemiker Schweiz	VKCS
Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz	VKS
Département des finances, des institutions et de la santé	VS
Verein Schweizer (Bauern)Hanf-Freund/innen	VSHF
Verein „Sag NEIN zu Drogen“	
Gesundheitsdirektion des Kantons Zug	ZG
Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich	ZH

Anhang 2

Statistik

Kategorie	Total Begrüsst	Stellungnahmen Begrüsste	Stellungnahmen nicht Begrüsste	Total Stellungnahmen
1. Kantonsregierungen und interkantonale Organisationen				
1.1. Kantonsregierungen	26	17	Keine	17
1.2. Interkantonale Organisationen	12	3	Keine	3
1.3. Regierung des Fürstentums Liechtenstein	1	Keine	Keine	Keine
2. Politische Parteien	13	1	Keine	1
3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	4	3	Keine	3
4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	Keine	Keine	2	2
Übrige Organisationen				
Eidgenössische Kommission	3	Keine	Keine	Keine
Apothekerverbände, und Apotheken	1	Keine	Keine	Keine
Ärztevereinigungen und Ärztinnen und Ärzte	7	1	2	3
Fachverbände/ Fachorganisationen Drogen- und Suchtbereich	16	3	3	6
Drogistenverbände	Keine	Keine	Keine	Keine
Gesundheitssystem (Spitäler, Krankenversicherer usw.)		Keine	Keine	Keine
Konsumentenschutzorganisationen	3	Keine	1	1
Pharmazeutische Industrie	4	1	Keine	1
Pharmazeutischer Grosshandel	1	Keine	Keine	Keine
Weitere Organisationen	28	7	2	8
Total	119	36	10	45

Anhang 3

Liste der Anhörungsadressaten/Liste des destinataires/ Elenco dei destinatari

1. Kantonsregierungen und interkantonale Organisationen / Gouvernements cantonaux et organisations intercantionales / Governi cantonali e organizzazioni intercantionali

Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich
Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern
Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion Uri
Departement des Innern des Kantons Schwyz
Finanzdepartement des Kantons Obwalden
Gesundheits- und Sozialdirektion des Kantons Nidwalden
Departement Finanzen und Gesundheit des Kantons Glarus
Gesundheitsdirektion des Kantons Zug
Direction de la santé publique et des affaires sociales
Departement des Innern des Kantons Solothurn
Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft
Departement des Innern Gesundheitsamt des Kantons Schaffhausen
Departement Gesundheit Appenzell Ausserrhoden
Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell Innerrhoden
Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen
Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit Graubünden
Departement Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau
Departement für Finanzen und Soziales des Kantons Thurgau
Dipartimento della sanità e della socialità del Cantone Ticino
Département de la santé et de l'action sociale du canton de Vaud
Département des finances, des institutions et de la santé
Département de la santé et des affaires sociales du canton de Neuchâtel
Département de l'économie et de la santé du canton Genève
Département de la Santé, des Affaires sociales et des Ressources humaines du canton du Jura
Regierung des Fürstentum Lichtenstein Ressort Gesundheit

Konferenz der Kantonsregierungen KDK
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK
Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und -direktorinnen SODK
Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung
Schweizerische Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS)
Schweizerische Sanitätsdirektorenkonferenz
Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz VKS
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren und -direktorinnen GDK
Association des pharmaciens cantonaux/ Kantonsapothekervereinigung (KAV)

Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)
Konferenz der Kantonalen Polizeikommandos der Schweiz (KKPKS)
Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz/ PBD Parti Bourgeois-Démocratique Suisse
CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz/ PDC Parti démocrate-chrétien suisse/ PPD Partito popolare democratico svizzero/ PCD Partida cristiandemocrata svizra
FDP. Die Liberalen/ PLR. Les Libéraux-Radicaux/ PLR. I Liberali/ PLD. Ils Liberals
SP Schweiz Sozialdemokratische Partei der Schweiz/ PS Parti socialiste suisse/ PS Partito socialista svizzero/ PS Partida socialdemocrata da la Svizra
SVP Schweizerische Volkspartei/ UDC Union Démocratique du Centre/ UDC Unione Democratica di Centro/ PPS Partida Populara Svizra
CSP Christlich-soziale Partei/ PCS Parti chrétien-social/ PCS Partito cristiano sociale/ PCS Partida cristian-sociala
EDU Eidgenössisch-Demokratische Union/ UDF Union Démocratique Fédérale/ UDF Unione Democratica Federale
EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz/ PEV Parti évangélique suisse/ PEV Partito evangelico svizzero/ PEV Partida evangelica da la Svizra
Grüne Partei der Schweiz/ Les Verts Parti écologiste suisse/ I Verdi Partito ecologista svizzero/ La Verda Partida ecologica svizra GB Grünes Bündnis/ AVeS: Alliance Verte et Sociale/ AVeS: Alleanza Verde e Sociale
Grünliberale Partei Schweiz
Lega dei Ticinesi
PdAS Partei der Arbeit der Schweiz/ PST Parti suisse du Travail – POP/ PSdL Partito svizzero del Lavoro/ PSdL Partida svizra da la lavur
Alternative Kanton Zug

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne qui oeuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali

Konferenz der städtischen Beauftragten für Suchtfragen (SKBS)
Schweizerischer Städteverband
Schweizerischer Gemeindeverband
Konferenz der Städtischen Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren KSPD

4. Fachverbände / Fachorganisationen und andere interessierte Organisationen und Personen / Associations et organisations spécialisées et autres organisations et personnes intéressées / associazione e organizzazioni specializzate e altre organizzazioni e persone interessate

Eidgenössische Kommission für Drogenfragen
--

Eidgenössische Kommission für Tabakprävention
Eidgenössische Kommission für Alkoholfragen
Nationaler Drogenausschuss
Nationale Arbeitsgemeinschaft Sucht
Fachverband Sucht
GREA, Groupement Romand d'Etudes des Addictions
CRIAD, Coordination romande des institutions et organisations oeuvrant dans le domaine des addictions
Verein christlicher Fachleute im Rehabilitations- und Drogenbereich VCRD
Gesundheitsförderung Schweiz
Radix Gesundheitsförderung
Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin (SSAM)
Verein Forum Suchtmedizin Ostschweiz (FOSUMOS)
Verein Forum Suchtmedizin Innerschweiz (FOSUMIS)
Collège romand de médecine de l'addiction (COROMA)
Public Health Schweiz
Verein Expertengruppe Weiterbildung im Suchtbereich (EWS)
Fachkommission HeGeBe
Schweiz. Gesellschaft für Prävention und Gesundheitswesen, SGPG
SFA/ISPA Schweiz. Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme
Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz DOJ
Pro juventute
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV
Lungenliga Schweiz
Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz
Krebsliga Schweiz
Schweizerischer Apothekerverband
Verbindung der Schweizer Ärzte und Ärztinnen FMH
Kollegium für Hausarztmedizin KHM
Schweizerisches Rotes Kreuz SRK
Internationales Komitee vom Roten Kreuz IKRK
Santésuisse
Schweiz. Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)
Stiftung für Konsumentenschutz, SKS

Fédération romande des consommateurs FRC
Associazione consumatrici e consumatori della svizzera italiana, acsi
Groupement romand de l'industrie pharmaceutique (GRIP)
Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik AWMP
Pharmalog
Interpharma
Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie (SGCI)
Schweizerische Gesellschaft für Rechtsmedizin (SGRM)
Schweizerische Polizeitechnische Kommission
Verband der Kantonschemiker Schweiz
Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz (VIPS),
Schweizerische Multiple Sklerose Gesellschaft
Schweizerische neurologische Gesellschaft Schweizerische Gesellschaft für medizinische Onkologie c/o Praxis für Onkologie beim Spital Bülach
Schweizerische Gesellschaft für Palliative Medizin, Pflege und Begleitung Palliativ ch
Dr. med. Kathrin Zaugg Departement Medizinische Radiologie Klinik für Radio-Onkologie
PD Dr. med. Markus Weber Muskelzentrum/ALS clinic
Dr. med. Johannes Bükki Universitätsklinik für Allgemeine Innere Medizin
Dr. med. Claude Vaney Chefarzt Bernische Höhenklinik
PD Barbara Broers Dépt. De Médecine Communautaire
Institut Hiscia Verein für Krebsforschung
Cannapharm AG Arbeitsgruppe Kantonale Betäubungsmitteldienstchefs
Kantonspolizei Zürich
Bezirksamt Weinfelden
Staatsanwaltschaft I des Kantons Zürich
Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland
Kantonspolizei Aargau
Dr. Gerhard Mann

5. Weitere

Dachverband Drogenabstinenz Schweiz

VEVDAJ (Verband der Eltern- und Angehörigenvereinigungen Drogenabhängiger)
Geschäftsstelle Hausärzte Schweiz
IG-Schwizerhanf
DiaMo Narcotics GmbH
Infodrog
Association romande contre la drogue (ARCD)
Gesellschaft Schweizerischer Amts- und Spitalapotheker (GSASA)
Amedis-UE AG
Schweizerische Ärztegesellschaft für Psycholytische Therapie (SÄPT)
Die Spitäler der Schweiz
Schweizerischer Drogistenverband
Verein „Sag NEIN zu Drogen“
Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang (Arud Zürich)
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV usam)
Konsumentenforum (kf)
Aargauische Stiftung Suchthilfe (ags)
Schweizer Ärzte gegen Drogen
Comite international Geneve
Centre patronal
Verein Jugend ohne Drogen
Stadtärztlicher Dienst der Stadt Zürich
Verein Schweizer (Bauern)Hanf-Freund/innen
Stadt Zürich Polizeidepartement